



Model United Nations Schleswig-Holstein 2017

Menschenrechtsrat

Einführung in die Themen

Sehr geehrte Delegierte,

wir sind Julian Rotter, Sophie Marxen und Sarah Bressan und möchten Sie alle ganz herzlich in der Generalversammlung von MUN-SH 2017 willkommen heißen! Es ist uns eine Ehre, in Ihrem Gremium für die Dauer der Konferenz den Vorsitz innezuhaben und wir freuen uns darauf, Ihren Debatten zu folgen. Zunächst möchten wir uns Ihnen kurz vorstellen:



Bei der kommenden Konferenz von MUN-SH wird **Julian Rotter** nun zum vierten Mal im Team einer DMUN-Konferenz dabei sein. Er hat hierbei schon in einigen Bereichen der Konferenzen mitgewirkt und wird dieses Jahr dem Menschenrechtsrat vorsitzen. Außerhalb von MUNs ist er im Luftverkehrsbereich tätig.



Sophie Marxen wurde 2015 vom MUN-Fieber gepackt und nahm im Jahr darauf in Kiel und bei der Schwesterkonferenz in Baden-Württemberg teil. In diesem Jahr ist sie bei MUN-SH für die Teilnehmendenwerbung zuständig und wird dem Menschenrechtsrat zusammen mit Sarah Bressan und Julian Rotter vorsitzen. Wenn sie sich gerade nicht mit MUN beschäftigt, studiert sie ab Oktober 2016 VWL und Politikwissenschaft in Göttingen. Außerdem kümmert sie sich mit großer Freude um ihr Pferd und geht tanzen.



Seit 2012 ist **Sarah Bressan** bei DMUN aktiv, unter anderem als Gremienvorsitz und Leitung des Bildungsprogrammes bei MUNBW. In diesem Jahr ist sie als Vorsitzende des Menschenrechtsrats zum ersten Mal im Team von MUN-SH dabei. Bei einem sechsmonatigen Praktikum im UN-Menschenrechtsbüro in Genf nach ihrem Bachelorabschluss konnte sie Einblicke in die reale Arbeit der Vereinten Nationen sammeln. Derzeit studiert Sarah im Master International Security an der Sciences Po Paris.



Der Menschenrechtsrat (MRR) ist im System der Vereinten Nationen ein verhältnismäßig neues Organ. Erst 2006 wurde das der Generalversammlung zugeordnete Gremium im Rahmen der damaligen UN-Reform ins Leben gerufen und trifft sich seitdem dreimal im Jahr.

Bestimmt werden die insgesamt 47 Mitglieder des Gremiums in geheimer Wahl von der Generalversammlung. Die Zusammensetzung des Rats stößt allerdings besonders in der westlichen Welt häufig auf Kritik. Die Resolutionen des Menschenrechtsrates sind völkerrechtlich nicht bindend. Staaten handeln also nicht gegen das Völkerrecht, wenn sie sich gegen die Umsetzung entscheiden. Am Ende der thematischen Einführungen finden Sie noch einige Hinweise zum Völkerrecht, die für Sie während der Konferenz hilfreich sein könnten.

Der MRR soll als Forum dienen, in dem Fragen und der Umgang mit den Menschenrechten in einzelnen Staaten aufgeworfen und öffentlich diskutiert werden können. Er hat sich der weltweiten Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte verschrieben und ist daher auch eine wichtige Diskussionsplattform für NGOs. Der Menschenrechtsrat hat auch die Kompetenz, mit der absoluten Mehrheit der Stimmen Beobachtermissionen zu entsenden, um die Menschenrechtssituation in einem Mitgliedsstaat unabhängig zu prüfen.

Die Themen, mit denen Sie sich beschäftigen werden, sind „Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Menschenhandels“ (Fragen dazu an Julian Rotter - j.rotter@mun-sh.de), „Schutz der Rechte von LGBT“ (Sophie Marxen - s.marxen@mun-sh.de) sowie „Förderung von Bildung zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung“ (Sarah Bressan - s.bressan@mun-sh.de). In dieser Einführung finden Sie zu jedem dieser Themen Texte, die Sie bei Ihrer Vorbereitung unterstützen sollen. Lesen Sie diese Texte aufmerksam und nutzen Sie auch die angegebenen Quellen für die Erstellung der Positionspapiere sowie Ihres Arbeitspapiers! Weitere Hinweise für das Verfassen der Papiere und die Recherche finden Sie im Kapitel „Vorbereitung“ des Handbuchs. Natürlich helfen wir Ihnen bei Fragen oder Problemen gerne weiter. Scheuen Sie sich also nicht, uns zu kontaktieren.

Abschließend wünschen wir Ihnen eine erfolgreiche Vorbereitung und freuen uns, Sie Anfang März im Kieler Landtag begrüßen zu dürfen!

Julian Rotter, Sophie Marxen und Sarah Bressan



Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Menschenhandels

Einführung

Menschenhandel – was bedeutet dieses Wort überhaupt? Unter Menschenhandel versteht man die Ausbeutung einer Person, welche gegen ihren Willen geschieht. Dies kann zum Beispiel durch Missbrauch, Gewalttätigkeit oder Betrug durch andere Personen stattfinden.

Beim Menschenhandel denkt man meist an Menschen, die zur Sklaverei gezwungen werden. Jedoch steckt noch viel mehr hinter diesem Begriff: Es gibt diverse Formen des Handelns mit Menschen. Neben der Prostitution gibt es auch noch das Verkaufen von Kindern aufgrund der Schulden in der Familie, dem illegalen Arbeiten z.B. in Minen, dem Handel von Menschen zur Arbeit in der Landwirtschaft oder sogar dem Organhandel. Hierbei kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen und folglich zur Missachtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Den Opfern werden durch Versprechungen auf ein besseres Leben, mehr Geld und Unabhängigkeit angelockt und maßlos ausgenutzt. Sie leben meist unter schlimmen Bedingungen und müssen nicht selten höchst gefährliche Arbeiten durchführen.

Oft wird Menschenhandel als Nebeneffekt der Globalisierung beschrieben. Jedoch werden hierbei völlig die Ursprünge vergessen, die weit bis in die Geschichte der Menschheit reichen. Sklaven waren demnach bereits im Alten Ägypten, im Römischen Reich und in der Neuzeit an der Tagesordnung. Der Menschenhandel machte hierbei keinen Halt vor Landesgrenzen, weshalb nahezu jedes Land und jede Region darin verwickelt war. Eine genaue Zahl, die besagt, wie viele Menschen genau vom Menschenhandel betroffen sind, gibt es nicht und wird es auch vermutlich nie geben. Es gibt zwar Schätzungen und Angaben über identifizierte Opfer, aber die Anzahl der nicht-identifizierten Opfer, die „Dunkelziffer“, bleibt unbekannt. Das

UNODC (UN Office of Drugs and Crime) nannte eine Zahl von 43.000 entdeckten Fällen für die Jahre 2007-2010.

Eine wichtige Definition des Begriffs auf internationaler Ebene trat am 25. Dezember 2003 in Kraft, nachdem die Resolution 55/25 der Generalversammlung zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels verabschiedet wurde. Diese Resolution hat das Ziel, den Menschenhandel zu verhindern und zu bekämpfen und die Opfer zu schützen. Mehr als 110 Staaten unterzeichneten die Resolution. Dabei handelt es sich zwar um mehr als die Hälfte der UN-Mitgliedsstaaten, jedoch bedeutet dies auch, dass 83 Staaten dieser Resolution nicht zugestimmt haben. Die Gründe hierfür sind sehr unterschiedlich: Einige Staaten sehen diese Thematik als „unnötig zu behandeln“ an.

Problemstellung

Diese Thematik spielt besonders auf internationaler Ebene eine große Rolle, da der Menschenhandel nicht selten transnational durchgeführt wird. Hier sind besonders die komplexen Netzwerke ein großes Problem. Die Menschenhändler, sogenannte Schlepper, bilden meist große Banden, die Menschen auf illegale Weise aus Osteuropa oder Entwicklungsländern beispielsweise nach Europa bringen. Durch gefälschte Papiere und Dokumente ist die Strafverfolgung erschwert, da die Menschen meist durch mehrere Länder geschleust wurden und dabei ständig neue Identitäten bekommen. Dies geschieht durch gefälschte Pässe, Urkunden etc. - die Schleuser sind durchaus sehr kreativ. Durch die Abnahme ihrer eigentlichen Pässe ist es Opfern damit natürlich auch durchaus erschwert, selbst in ihre Heimatländer zu reisen.

Beachten Sie, dass es Menschenhandel nicht nur in Europa oder den afrikanischen Staaten gibt, in vielen asiatischen Staaten werden „Hausmädchen oder Kindermädchen“ gesucht, die aus ärmeren Ländern kommen. Menschenhandel gibt es nahezu überall, aber eben in verschiedensten Ausprägungen.

Besonders Frauen und Kinder sind die Hauptopfer des Menschenhandels, die nicht selten zur sexuellen Ausbeutung



(Zwangsprostitution oder Pornografie) gezwungen werden. Betrachtet man die Situation in den Entwicklungsländern so zeigt sich, dass oftmals Kinderarbeit ein Faktor des Menschenhandels ist. Kinder können beispielsweise unter Tage deutlich besser arbeiten als Erwachsene, da sie kleiner sind und dementsprechend besser in kleinen Spalten in den Bergwerken klettern können, um wertvolles Material zu fördern (seltene Erden, Gold, etc.) da die Familien wenig Geld haben und die Möglichkeit der (meist kostenpflichtigen) Bildung damit keine Option ist. Sie müssen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten und verdienen einen Hungerlohn. Die Kinder haben keine Möglichkeit, Schulbildung zu erhalten und altersgerecht aufzuwachsen. Für große Konzerne ist das zum Beispiel eine gute Möglichkeit, günstig Waren zu produzieren.

Viele Entwicklungsländer haben große Probleme mit dem Opferschutz beziehungsweise der Vermeidung von Menschenhandel, da diese oft selbst große Probleme haben wie z.B. große Armut und eine hohe Inflation. Dadurch zeigt sich wie wichtig es ist, dass die internationale Staatengemeinschaft wirtschaftlich schwächere Länder bei ihrem Vorhaben, Menschenhandel zu bekämpfen, unterstützen und stärken muss.

Hierbei stellt besonders die Korruption ein großes Problem dar. Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Bestechung und Bestechlichkeit sind dabei groß vertreten, egal ob im internationalen Geschäftsverkehr, im eigenen Land oder in der Politik. Viele Menschen in Entwicklungsländern trauen ihrer eigenen Justiz und Polizei nicht, denn diese wird z.B. durch Bestechungsgelder in ihrer Macht manipuliert. Dies ist optimal für den Menschenhandel.

Aktuelle Entwicklung

Die Entwicklung der Problematik hat sich in den letzten Jahren schon in großen Zügen verbessert. Dies kam beispielsweise durch diverse Kampagnen, meist auch lokal, auf gesellschaftlicher Ebene (Kirchen, Vereine,

etc.) die auf den Menschenhandel aufmerksam machten, zum anderen durch die Behandlung auf politischer Ebene.

Das EU Parlament hat die Richtlinie 2011/36/EU verabschiedet, welche die Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels behandelt. Außerdem arbeiten verschiedene Nichtregierungsorganisationen mit den Ländern zusammen, um Opfer zu schützen. Dazu gehören u.a. Human Rights Watch und Amnesty International.

Auch die Vereinten Nationen haben sich schon ausgiebig mit der Thematik auseinandergesetzt. So wurde im März 2007 die Initiative UN.GIFT – Global Initiative to Fight Human Trafficking – gegründet, welche mit den Medien, Regierungen und Wissenschaftlern zusammengearbeitet. Im Jahre 2010 wurde außerdem der United Nations Global Plan of Action against Trafficking in Persons von der Generalversammlung verabschiedet, um konkrete Aktionen zur Verhinderung des Menschenhandels zu beschließen.

Der United Nations Global Pact ist ein Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und Unternehmen, um die Globalisierung ökonomischer aber vor allem sozialer zu machen. Der Pakt wurde im Jahre 1999 offiziell geschlossen, bei dem mittlerweile über 5.000 Unternehmen (Stand 2009) mitwirken. Bei diesem Abkommen, das für die Bekämpfung des Menschenhandels unumgänglich ist, gibt es verschiedene Prinzipien, für die sich Unternehmen bei der Teilnahme verpflichten. Diese sind beispielsweise:

- die Rechte ihrer Beschäftigten respektieren
- die internationalen Menschenrechte respektieren und einhalten
- nicht bei Menschenrechtsverletzungen mitwirken
- die Abschaffung der Kinderarbeit unterstützen
- gegen alle Arten der Korruption eintreten, inklusive Bestechung und Erpressung



Diese und viele andere Beschlüsse und Abkommen sind essentiell, um den Menschenhandel zu stoppen.

Punkte zur Diskussion

Es gilt zu diskutieren, inwieweit die aktuellen Lösungsansätze eine Verbesserung bringen.

- Wie kann man die Ursachen dieser Problematik bekämpfen, anstatt nur die Symptome des Menschenhandels zu heilen?
- Welche Kontrollmechanismen haben die einzelnen Länder z.B. in Bezug auf die Einreise und Ländergrenzen?
- Darüber hinaus gilt es beim Thema Menschenhandel, die Menschheit über die Problematik aufzuklären, sodass sich die Betroffenen auch wehren können.
- Wie kann man Kinder über den Menschenhandel informieren und aufklären? Welche Rolle spielt hierbei die Schule? Wie kann man darüber hinaus auch erwachsene Menschen aufklären und sensibilisieren?
- Wie kann man Opfern des Menschenhandels helfen, aus dem unterdrückten Leben und den Folgen der schlechten Lebensbedingungen wieder rauszukommen?
- Welche Rolle spielen NGOs bei der Bekämpfung des Menschenhandels?

Lexikon

Kinderarbeit

Aufgrund eines mangelhaften Sozialsystems und eines globalen, wirtschaftlichen Ungleichgewichts entsteht Kinderarbeit. Kein Geld für Schule, Armut und die Notwendigkeit, die Familie zu ernähren – das sind Gründe, wofür Kinder letztendlich arbeiten müssen. Unter den schlimmsten Bedingungen, ohne Pausen und mit einem minimalen Tageslohn müssen Kinder arbeiten, um das blanke Überleben zu gewährleisten.

Globalisierung

Gartenmöbel aus Tropenholz – im Kongo gefällt, in Asien verarbeitet und in Europa verkauft. Viele Dinge in unserem Leben reisen

in unserer globalisierten Welt durch mehrere Länder und Kontinente. Technische Fortschritte, die Liberalisierung des Welthandels und das Bevölkerungswachstum führen dazu, dass sich unsere Lebensbereiche verknüpfen (Wirtschaft, Kultur, Umwelt, Politik, Kommunikation).

Transnational

lat. für jenseits (der) Nation, über staatliche Grenzen der Nation hinaus, übernational

Entwicklungsland

Dabei handelt es sich um Länder, die einen erheblichen Rückstand gegenüber westlichen Industriestaaten aufweisen. Diese Rückstände spiegeln sich in der wirtschaftlichen Leistungskraft, der gesellschaftlichen Entwicklung und im sozialen Leben wider. Der wichtigste Faktor ist hierbei der Human Development Index, der verschiedene Werte eines Landes zusammenfasst.

Nichtregierungsorganisation:

Verbände und Gruppen, die gemeinsame Interessen vertreten, nicht gewinnorientiert agieren und nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind. Dazu zählen zum Beispiel Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen und Vereine.

Quellen und weiterführende Links:

- <http://www.unodc.org>
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, enthält Material über verschiedene Aspekte des Menschenhandels und Korruption
- <http://www.fight-human-trafficking.org/>
engagierte Gruppe, die sich gegen den Menschenhandel einsetzt. Startet viele Kampagnen und stellt Informationsmaterial bereit
- <http://www.interpol.int>
Internationale kriminalpolizeiliche Organisation, welche die Zusammenarbeit der Polizeibehörden unterstützt und stärkt. Sie bekämpfen Verbrechen unter Wahrung der Menschenrechte
- <http://unicef.de>
Themen über Kinderarbeit und Kinderhandel sowie weitreichende Informationen



- <http://www.auswaertiges-amt.de/>
Weitreichende Berichte über Korruptionsprävention, Menschenhandel und Kinderarbeit
- <http://institut-fuer-menschenrechte.de/>
Deutsches Institut für Menschenrechte mit Fallbeispielen, Informationen über Kinderrechte und Menschenhandel
- <https://menschenhandelheute.net/zahlen-daten-und-fakten/>
nennt Zahlen und weitere Quellen, gut um einen ersten Einblick zu gewinnen



Schutz der Rechte von LGBT

Einführung

Bei seiner Rede am 05. September 2016 in den Niederlanden sagte der aktuelle Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Seid al-Hussein, dass ihm die Stärkung der Rechte von LGBT am Herzen liege und er für sie kämpfe. Dass er diesen Satz sagen muss, zeigt, dass es bis heute überall auf der Welt verschiedene Arten der Diskriminierungen von LGBT gibt.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte legt bereits seit 1948 in Artikel 2 mit den Worten „Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“ fest, dass niemand diskriminiert werden darf. Leider wird der Aspekt bezüglich der sexuellen Orientierung nicht genannt. Hieraus ergibt sich, dass die Erklärung den LGBT auch keinen gesonderten Schutz zusichert und sie ihn somit auch in zahlreichen Ländern nicht haben. Das heißt für die Betroffenen zum einen eine strafrechtliche Verfolgung und zum anderen eine sehr starke Diskriminierung im privaten Bereich. Letztere stellt für viele das viel größere Problem dar, denn sie findet nicht nur in Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe steht, sondern überall.

Erste Hinweise auf sexuelle Ausrichtungen neben der Heterosexualität gab es bereits 12.000 vor Christus. Archäologen haben Artefakte und Kunstgegenstände gefunden, die auf gleichgeschlechtliche Erotik gedeutet wurden. Daran kann man sehen, dass das Thema die Menschheit schon immer beschäftigt hat. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beschloss erst im März 2011 eine Erklärung der Vereinten Nationen über die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, welche in einer ähnlichen Formulierung im Jahr 2008 in der Generalversammlung noch gescheitert war. Im Juni des gleichen Jahres folgte mit

A/HRC/17/L.9/Rev.1 die entsprechende Resolution, die allerdings nur knapp mit 23 pro- zu 19 kontra-Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen wurde. 2014 verabschiedete der Menschenrechtsrat dann erneut eine Resolution, in der vor allem der Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) gelobt wurde. Zugleich wurde er aufgefordert, den Bericht auf den neuesten Stand zu bringen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Am 30. Juni 2016 gelang dem Menschenrechtsrat dann schließlich, basierend auf der vorangegangenen Arbeit mit der Resolution A/HRC/32/L.2/Rev.1, ein großer Fortschritt, indem ein Experte zur Entwicklung der Gleichberechtigung von LGBT eingesetzt wurde.

Akteure und Institutionen

Die Staaten lassen sich hier wesentlich in drei Gruppen einteilen:

Zum einen Staaten wie Irland, bei denen es eine komplette rechtliche Gleichstellung und die gleichgeschlechtliche Ehe gibt. Zu der zweiten Gruppe gehört Deutschland, das zwar noch keine vollkommene Gleichstellung oder Ehe hat, aber vor allem Antidiskriminierungsgesetze. Zu dieser Gruppe zählen alle europäischen Staaten, sowie drei afrikanische, einige wenige asiatische und recht viele nord-, mittel- und südamerikanische Staaten. Die Mittelgruppe bilden Staaten wie Japan, in denen Homo-, Bi- oder Transsexualität nicht strafbar, aber gesellschaftlich meist ein Tabuthema ist. Häufig vorzufinden ist diese Situation in asiatischen und afrikanischen Ländern. Außerdem gibt es in diesen Staaten meist keine Antidiskriminierungsgesetze. Die dritte Gruppe sind die Länder, in denen Homo-, Bi- oder Transsexualität unter Strafe steht. Diese reicht von Geldbußen bis zur Todesstrafe. Hierbei handelt es sich vor allem um asiatische und afrikanische Länder. In Ozeanien ist die Situation sehr unterschiedlich.

Auf dem internationalen Parkett mischen außerdem einige Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch oder die International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association ILGA mit und



versuchen Delegierte einzelner Länder von ihrem Standpunkt zu überzeugen und ihn so in die Resolution einzubringen.

Der Akteur, der für die LGBT die Situation am schlimmsten beeinträchtigt, ist die Gesellschaft selbst, denn die meiste Diskriminierung findet im privaten Bereich statt – unabhängig vom Wohnort des Betroffenen, da auch in sehr aufgeklärten Ländern sogenannte hate crimes passieren. Unterschiedliche Gruppierungen überall auf der Welt unternehmen den Versuch, dem entgegenzuwirken. So gibt es beispielsweise in Japan mehrere große Unternehmen, die explizit versuchen, LGBT zu unterstützen, da diese es auch auf dem Arbeitsmarkt oft schwerer haben. An anderen Orten gibt es Treffpunkte für LGBT, damit sie sich in einem geschützten Raum treffen können. Dennoch reicht das nicht aus, um LGBT vor Diskriminierung zu schützen. Auch heute noch passieren selbst in den aufgeklärten Ländern Ehrenmorde, Lesben werden vergewaltigt, da man glaubt, ihre Sexualität verändern zu können oder Betroffene nehmen sich selbst das Leben. Noch heute ergeben Umfragen auch in europäischen Ländern, dass beträchtliche Teile der Bevölkerung Homosexualität ablehnend gegenüberstehen. Hinzu kommt, dass LGBT häufig erschwerend keinerlei Unterstützung von Seiten des Staates erfahren. Somit stehen sie alleine da und wissen oft nicht, wie sie der Situation entkommen sollen.

Aktuelle Probleme und Punkte zur Diskussion

Zunächst einmal muss man festhalten, dass es überall auf der Welt Probleme für die LGBT-Community gibt, die sich auf verschiedenen Ebenen befinden. Ziel des Menschenrechtsrats sollte es sein, dass sich die Situation kontinuierlich in jedem Land verbessert und jedes an sich arbeitet, damit es irgendwann keinerlei Diskriminierung von LGBT gibt.

- Für viele LGBT, die sich auf der Flucht befinden, ist es nach wie vor schwierig, ihren Asylantrag genehmigt zu bekommen, obwohl sie in ihrem Heimatland bedroht sind. So fallen sie in der Genfer

Flüchtlingskonvention nur indirekt in die „bestimmte[n] sozialen Gruppen“ der Menschen, denen Asyl zusteht. Hier könnte man überlegen, wie man diese Situation verbessern kann. Allerdings ist die eigene Sexualität nicht der einzige Grund, warum LGBT flüchten. Es kann der entscheidende Grund sein oder dazu beitragen, dass sich Menschen zur Flucht entscheiden, aber häufig ist auch die allgemeine Lage in dem jeweiligen Herkunftsland der entscheidende Grund.

- Auch die Bildung spielt überall auf der Welt eine große Rolle: Wie kann man der Diskriminierung durch Aufklärung zuvorkommen und vorhandene Diskriminierung eindämmen? Auffällig ist, dass Länder mit einem höheren Bildungsniveau meist mehr Gleichberechtigung für Menschen verschiedener sexueller Orientierung haben. Allerdings muss der Staat natürlich gewillt sein, dieses aufgeklärte Bild zu vermitteln, unabhängig von dem Bildungsniveau.
- Eines der größten Probleme für LGBT ist die Kriminalisierung ihrer Sexualität. Deswegen kann man beispielsweise die Frage stellen, wie man zusammen mit Ländern, in denen zum Beispiel Homosexualität unter Strafe steht, einen gemeinsamen Weg finden kann, damit LGBT keine Kriminalisierung mehr fürchten müssen.
- An den vorigen Punkt anschließend lässt sich feststellen, dass es zwar zahlreiche Länder gibt, in denen LGBT nicht strafverfolgt werden, in denen es aber keine Antidiskriminierungsgesetze gibt. Hier stellt sich die Frage, wie man diese auf den Weg bringen und durchsetzen kann. Denn ohne solche Gesetze können hate crimes nicht verfolgt werden.
- Ein häufiges Problem sind die eben bereits genannten hate crimes, da sie oft nicht so präsent für die Menschen sind, obwohl es selbst in sehr liberalen Städten wie New York immer wieder zu Übergriffen auf homo-, bi- oder transsexuelle Personen kommt. An dieser Stelle muss man sich



die Frage stellen, wie Diskriminierung auf gesellschaftlicher Ebene reduziert werden kann.

Wichtige Dokumente

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Sie stellt die Grundlage der Arbeit des Menschenrechtsrats dar, denn seine Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass sie eingehalten wird. Auf ihr stützt sich also gewissermaßen die Arbeit im Gremium.
<http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>
- Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte A/HRC/29/23 vom 04. Mai 2015: In ihm berichtet der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte von der aktuellen Situation für LGBT an allen Orten der Welt. Der Bericht ist auf Englisch geschrieben.
http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session29/Documents/A_HRC_29_23_en.doc
- Resolution des Menschenrechtsrats über Menschenrechte, sexuelle Orientierung und Geschlechteridentität A/HRC/RES/27/32 vom 02. Okt 2014: Diese Resolution baut auf der Resolution A/HRC/17/L.9/Rev.1 aus dem Jahr 2011 auf, denn beide beschäftigen sich mit den Berichten des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zur Situation der LGBT.

<https://documents-ddsny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G11/141/94/PDF/G1114194.pdf?OpenElement>
(Resolution aus dem Jahre 2011)
<https://documents-ddsny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G14/177/32/PDF/G1417732.pdf?OpenElement>
(Resolution aus dem Jahre 2014)
Diese Resolutionen sind beide unter diesen Links auf Englisch zu finden.
- Resolution des Menschenrechtsrates über Vorbeugung gegenüber Gewalt und Diskriminierung basierend auf sexueller Orientierung und der Geschlechtsidentität A/HRC/32/L.2/Rev.1 aus 2016: Sie ist eine Art Meilenstein auf dem Weg der

Gleichberechtigung von LGBT, weil sie einen Experten einsetzt, mit dem die Länder zusammenarbeiten wollen und sollen, um die Situation für LGBT langfristig zu verbessern. Gerade aufgrund ihrer Aktualität gewinnt sie an großer Bedeutung.

<https://documents-ddsny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G16/135/00/pdf/G1613500.pdf?OpenElement> Die Resolution ist unter diesem Link auf Englisch zu finden.

- Auf dem Internetauftritt von Human Rights Watch, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, finden sich zahlreiche Informationen zur aktuellen Situation der LGBT in unterschiedlichen Teilen der Welt.
<https://www.hrw.org/de/topic/lgbt-rights>

Lexikon zum Thema

Antidiskriminierungsgesetz

Antidiskriminierungsgesetze sind Gesetze, die beinhalten, dass bestimmte Personengruppen, die aufgrund eines Merkmals wie der sexuellen Orientierung diskriminiert werden und durch dieses Gesetz Unterstützung erfahren.

Hate Crimes

Hate Crimes sind Straftaten, die aufgrund von Hass gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen begangen werden. Das können sowohl religiös begründete, als eben auch sexistische oder homophobe Straftaten sein. In etwa 20% der Fälle ist letzteres der Fall.

Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Er unterstützt mit seinem Büro die Arbeit des Menschenrechtsrats. Er wird von dem/der UN-Generalsekretär*in vorgeschlagen und von der Generalversammlung gewählt. Aktuell ist es Seid al-Hussein.

LGBT

ein Akronym, welches aus dem englischen in den deutschen Sprachgebrauch übernommen wurde und für die Gruppe der homo-, bi- und transsexuellen Menschen steht. Ab und zu werden weitere Buchstaben angehängt um weitere Gruppen einzubinden. Besonders häufig findet sich hier ein I für intersexuell oder



ein allgemeines queer, dass durch ein Q abgekürzt wird.

Lesbisch/Schwul

Menschen, die sich als lesbisch oder schwul identifizieren, fühlen sich sexuell, emotional und romantisch zum jeweils gleichen Geschlecht hingezogen. Ihre Sexualität wird als Homosexualität bezeichnet.

Bisexuell

Bisexuelle Menschen fühlen sich sexuell, emotional und romantisch sowohl zu Männern als auch zu Frauen hingezogen.

Transsexuell

Transsexuelle Menschen fühlen sich im falschen Körper geboren und hätten gerne das andere Geschlecht. Viele lassen sich deswegen nach ihrem Outing mit Hormonen behandeln und einige unterziehen sich der geschlechtsangleichenden Operation.

Queer

Queer kann man als Überbegriff für alle sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten, die nicht der gesellschaftlichen Norm von Geschlecht und Sexualität entsprechen, verstehen.

Intersexuell

Intersexuelle Menschen können bei ihrer Geburt nicht eindeutig einem biologischen Geschlecht zugeordnet werden. Bis heute wird deswegen die Mehrzahl von ihnen zu einem Geschlecht operiert. Dies ist in den meisten Fällen das weibliche Geschlecht. Häufig führt die Situation zu gesundheitlichen Einschränkungen und psychischen Problemen.



Förderung von Bildung zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung

Einleitung

Im Jahre 2015 musste sich die Welt die Frage stellen: Die Millenniumsentwicklungsziele laufen aus - was jetzt? Fest stand schnell: Wir sind die erste Generation, die die Chance hat extreme Armut gänzlich zu beenden und die letzte um die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels zu stoppen. Es ist diese Generation die verpflichtet ist, Ungerechtigkeit und Unrecht zu bekämpfen und so zukünftigen Generationen eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat sich die internationale Gemeinschaft 17 neue Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gegeben. Bildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Ein wesentliches Merkmal von Armut ist mangelnde Partizipation an gesellschaftlichen Veränderungen. Menschen, die an der Gesellschaft nicht teilhaben können, sind von Unterernährung, Arbeitslosigkeit, Isolation und Radikalisierung sowie Krankheit bedroht. Dies wiederum verschlechtert die Startvoraussetzungen für die Kinder dieser Menschen, gefährdet die Stabilität von Staaten und bedroht den innergesellschaftlichen Frieden. Armut erhält sich durch den Mangel an Verwirklichungschancen so selbst. 1992 wurde der Begriff "Bildung für nachhaltige Entwicklung" auf der UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro erstmals formuliert. Das Postulat meint eine Bildung, die Menschen befähigt, die Zukunft in einer globalisierten Welt aktiv, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst mit zu gestalten. Durch die Tatsache, dass Bildung nun nicht mehr als das reine Erlernen von Fakten betrachtet wurde, wurde sie zum zentralen Element in der Begegnung von politischer Instabilität, Terrorismus, Armut und Krankheit.

"Bildung für nachhaltige Entwicklung" wird derzeit als die Weiterentwicklung von "Hilfe zur Selbsthilfe" verstanden. Menschen sollen Kompetenzen zur Gestaltung, zum kritischen Hinterfragen und zum selbständigen Lernen

erhalten. Man erhofft sich so, dass jeder so unterrichtete Mensch aktiv an den Veränderungsprozessen mitwirken kann, die notwendig sind, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

Akteure und Institutionen

Im Bereich der Bildung sind zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt. Neben den offensichtlichen Akteuren wie Schulen oder Universitäten gehören auch Staaten, politische Gruppierungen und weitere dazu.

International

Vereinten Nationen: Die Vereinten Nationen setzten durch die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization - Building peace in the minds of men and women) sowie andere Organe immer wieder wichtige Impulse und bieten Austauschplattformen für Wissen. Andere Organe wie der Menschenrechtsrat beobachten die Staaten. Diese müssen in Jahresberichten zum Beispiel die aktuellen Entwicklungen, Fortschritte oder Probleme schildern. Die nachhaltigen Entwicklungsziele werden durch das High Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) auf globaler Ebene überprüft.

In seinen jährlichen Sitzungen soll neben der Kontrolle durch Staatenberichte zur bisherigen Umsetzung der Ziele auch eine Plattform für den notwendigen Austausch zu Erfolgen, Herausforderungen und Erfahrungen fördern. Auch erhalten Vertreter aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft die Möglichkeit, sich zur Umsetzung der Agenda 2030 zu äußern.

Das erste Forum zur Überwachung fand vom 11. bis 20. Juli 2016 statt. Der thematische Schwerpunkt lag auf dem Anspruch der Agenda, "niemanden zurückzulassen" (leave no one behind). Insgesamt haben 22 Staaten ihre Umsetzungsberichte vorgestellt.

Nichtregierungsorganisationen: Sie leisten durch die Bereitstellung von Personal, Material und Fachkompetenz sowie Expertise einen Beitrag in weniger entwickelten Staaten. Sie sind zugleich auch jene Akteure, die sich



kritisch zu Wort melden, wenn beispielsweise Minderheiten im Bildungsbereich ausgegrenzt werden oder Schulen für staatliche Propaganda instrumentalisiert werden.

National

Staaten: Sie sind die Hauptträger von Bildungsangeboten. Gleichzeitig liegen bei ihnen auch wesentliche Probleme begründet. Unzureichende Lehrmittel, fehlende Schulen und Universitäten, zu geringe Mittel oder mangelnde Bereitschaft, Menschen Zugang zum Bildungsangebot zu verschaffen. Auch politisches Instrumentalisieren von Bildung ist häufig hier begründet. Dies geschieht beispielsweise durch die Tatsache, dass Bildung nicht kostenlos ist. Zwar muss die Grundschule nach der allg. Erklärung der Menschenrechte unentgeltlich angeboten werden, universitäre Bildung ist davon jedoch ausgenommen.

Bildungszentren

Je nach Struktur des nationalen Bildungswesens gibt es hier einige Unterschiede. Im Wesentlichen bestehen jedoch folgende Einrichtungen:

- Hochschulen: Sie stellen mit den Bereichen Forschung und Lehre wesentliche Aspekte der akademischen Bildung dar.
- Berufsschulen: Diese Schulen orientieren sich meist an den klassischen Ausbildungsberufen oder leisten ihren Beitrag um den Schülern wichtige Fachkompetenzen im Hinblick auf eine Lehre zu vermitteln.
- Weiterführende Schulen: Sie bauen auf den Grundschulen auf und bereiten die Schüler auf die Hochschulen oder Berufsschulen sowie weitere Bildungsangebote vor. Sie vermitteln komplexere Zusammenhänge und haben meist ein differenzierteres Angebot.
- Grundschulen: Sie bilden das Fundament des Bildungssystems. In Ihnen werden grundlegenden Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt.

Gesellschaftliche Gruppen

Neben den reinen Institutionen gibt es zahlreiche gesellschaftliche Gruppen, die am Bildungswesen beteiligt sind. Sie alle bringen ihre Vorstellungen und Wünsche mit. Hauptsächlich sind diese bezüglich der Weltanschauungen (Darf es zum Beispiel Unterricht geben, der für Toleranz gegenüber andersgläubigen, Homosexuellen oder Menschen mit anderer Hautfarbe wirbt?), der Menschenbildern (Wie zum Beispiel die Rolle der Frau aussehen sollte?) und der politischen Ideologie (China wird hier andere Schwerpunkte setzen als die Vereinigten Staaten), die vermittelt werden. Gesellschaftliche Gruppen können beispielsweise religiös geprägt sein oder durch die Einteilung in "Schichten", deren Basis das Einkommen sein kann.

Aktuelle Probleme und Punkte zur Diskussion

Warum Bildung?

Immer wieder kommt die Fragen auf - warum Bildung? Besteht nicht die Gefahr, dass Bildung instrumentalisiert wird? Viele Staaten und besonders Diktatoren und Autokraten fühlen sich von einer Bildung für alle bedroht. Denn schließlich gilt: Wer weiß was in der Welt vor sich geht und Dinge hinterfragen kann, der stellt vielleicht irgendwann die religiösen und politischen Führungen in Frage.

Den Gegnern lässt sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte entgegenstellen. In Artikel 26 hat sich die internationale Gemeinschaft dazu bekannt, dass "jeder [...] das Recht auf Bildung" hat. Jeder bedeutet - egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, Religion oder sexuelle Orientierung. Es gibt kein Argument welches diesen Grundsatz außer Kraft setzen kann. Leider ignorieren immer wieder Staaten die Bestimmungen des Artikels und verletzen so ihre vertraglichen Verpflichtungen. Daher muss sich der Menschenrechtsrat, der über die Einhaltung dieses wichtigen Vertrages wacht, mit diesen Fragen befassen:

1. Sollen Staaten zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen ermahnt werden?



Wenn ja, wie stark sollen sie verurteilt, bzw. aufgefordert werden?

- Wie sollen Veränderungen kontrolliert werden? Sollen Staaten dem Menschenrechtsrat regelmäßig Berichte vorlegen, oder soll dies zum Beispiel die Generalsekretärin machen?

Missbrauch von Bildung

Der Punkt der Instrumentalisierung führt zu der Frage: Was ist das Ziel von guter bzw. sinnvoller Bildung? Gute Bildung geht über reines Faktenwissen hinaus, sie vermittelt Fähigkeiten und Werte und ermöglicht vorausschauendes Denken, autonomes Handeln und interdisziplinäres Arbeiten sowie das aktive Partizipieren an Entscheidungsprozessen. Hinzu kommen sollte angesichts der globalen Vernetzungen und des zunehmenden Wunsches nach einfachen, weniger komplexen Erklärungen ein internationaler Blick, der es den Schüler*innen ermöglicht, sich als Weltbürger*innen zu verhalten, deren Denken und Handeln nicht an der eigenen Landesgrenze aufhört. Dazu braucht es eine politisch umfassende Bildung. Denn jede*r Einzelne muss täglich Entscheidungen treffen. Und nicht immer liegt auf der Hand, was die beste Entscheidung ist. Diese Umsetzung ist jedoch auf dem Papier leichter gesagt als getan. Die Industriestaaten besitzen meist mehr Expertise in der Entwicklung von Lehrplänen und entsprechenden Unterrichtsmaterialien. Ein Wissenstransfer und eine Kooperation können hier gute Wege sein um Defizite auszugleichen.

Ein weiteres Instrument sind durch die Vereinten Nationen angeregte Kampagnen. So hat die UN-Dekade für "Bildung für nachhaltige Entwicklung" die 2014 auslief, entscheidende Impulse gesetzt um nationale Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Derartige Kampagnen sind leichter umzusetzen und geben den Mitgliedstaaten den Raum mit eigenen Ideen und Projekten sich zu beteiligen. Um sowas ins Leben zu rufen, braucht es: Erstens einen Slogan bzw. Kampagnennamen (die 17 nachhaltigen

Entwicklungsziele bieten sich hier an: https://www.youtube.com/watch?v=RpgVmvMCmp0&index=1&list=PLh34u1dXCDHTFKitXMbF0_oZjNjHsJFv), zweitens eine Themenbeschreibung was getan werden soll und zum Schluss einen Zeitraum.

Der Menschenrechtsrat sollte sich mit der Frage befassen:

Soll es für die Laufzeit der "Ziele für nachhaltige Entwicklung" eine neue UN-Dekade zum Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" geben?

Wenn ja, was soll diese Kampagne vermitteln? Was sind die Ziele?

Zugang zu Bildung

Dies ist nach wie vor ein großes Problem. Diskriminierung ist dabei das entscheidende Stichwort. Diskriminierung findet häufig auf mehreren Ebenen statt. Ganz einfach ist es häufig das Geschlecht. Schule kostet Geld. In manchen Staaten muss man Schulgeld bezahlen, die Materialien wie Papier, Bücher und Stifte kosten Geld und auch eine Schuluniform wie sie zum Teil Pflicht ist, muss bezahlt werden. Nicht selten wird bei knappen Mitteln eher dem ältesten Sohn der Schulbesuch bezahlt. Mädchen bleiben nicht selten zu Hause. Die aufgezeigten Kosten sind nur einige die mit Schule in Verbindung stehen. Der Weg zur Schule (z.B. mit Bus, Bahn oder dem Fahrrad) kommt noch hinzu und auf Familienseite sind es dann noch Einnahmeausfälle durch den Ausfall einer Arbeitskraft.

Hier müssen die Staaten an ihre Pflicht aus Artikel 26, Absatz 1, Satz 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erinnert werden, denn dort heißt es: "Die Bildung ist unentgeltlich, zumindest der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung". Staaten müssen versuchen die Zugangsvoraussetzungen zu reduzieren und haben die Verpflichtung gesetzliche Schranken abzubauen. Zu diesen gesetzlichen Schranken gehören zum Beispiel, dass Menschen in einer bestimmten Region eine Schule besuchen dürfen. Gibt es keine geeignete weiterführende Schule, sind sie so von weiteren Bildungsangeboten ausgeschlossen. Ein



weiteres Hindernis ist zum Beispiel die Hochschulzugangsberechtigung. Wenn gesetzlich vorgeschrieben ist, dass nur der Abschluss einer bestimmten Schule als solcher gilt, haben Menschen, welche eine andere Schule besucht haben, keine Chance zu studieren.

Wenn Menschen nur schwer die Schulen erreichen können oder aufgrund von Arbeitszeiten ein Schulbesuch ausgeschlossen ist, muss geprüft werden, ob man das Bildungsangebot ausdehnt. Abendschulen oder mobile Angebote wie fahrende Schulen und Büchereien sind hier nur einige Ideen.

Es stellen sich folglich diese Fragen:

1. Was will der Menschenrechtsrat gegen diese Diskriminierung tun? Reicht es sie in einer Resolution zu verurteilen, oder muss mehr getan werden?
2. Welche Lösungsvorschläge oder Empfehlungen können den Staaten als Unterstützung zur Lösung des Problems mitgegeben werden?
3. Sollen Nichtregierungsorganisationen aktiv mit eingebunden werden? Will man ihre Arbeit fördern?

Vorurteile gegenüber Schule und Bildung

Ein weiteres Problem sind Vorurteile und Ängste im Zusammenhang mit dem Besuch von Schulen oder Universitäten. Diese gibt es nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie existieren auch in Industriestaaten. Hier üben dann Familien oder Freunde Druck aus. Motive sind häufig Angst, dass sie an Bedeutung verlieren, wenn die Person durch Bildung es schafft sozial aufzusteigen. In Entwicklungsländern hat es nicht selten etwas mit der Sorge vor den Unterrichtsinhalten oder der Angst vor Indoktrination zu tun. Hier sind Aufklärung und Inklusion wichtig. Wer weiß was dort geschieht und merkt, dass auch man selber mit machen kann, wird eigene Vorurteile abbauen.

Der Menschenrechtsrat sollte sich mit der Frage befassen:

1. Sind Aufklärung und Beteiligung die richtigen Methoden? Sollen Staaten dazu angeregt werden Aufklärungskampagne zu starten?
2. Wenn ja, was soll diese Kampagne vermitteln? Was sind die Ziele?
3. Wer ist der Adressat einer solchen Kampagne? Sollen die Staaten dem Menschenrechtsrat von den Entwicklungen berichten?

Wichtige Dokumente

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Verabschiedet von der Generalversammlung <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (deutsch). Dies ist DIE Basis für die Arbeit im Menschenrechtsrat!
- Homepage zu den "Zielen für nachhaltige Entwicklung" <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> (englisch). Hier sind die neuen Entwicklungsziele gelistet. Jedes ist einzeln aufgeschlüsselt und heruntergebrochen.
- Resolution der Generalversammlung über die "Ziele zur nachhaltigen Entwicklung" <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-11.pdf> (deutsch). Dies ist die Resolution. Es bietet sich an den vorangegangenen Link mit diesem bei der Arbeit zu kombinieren.
- Erklärung des Rechtes auf Entwicklung der Generalversammlung <http://www.un.org/documents/ga/res/41/a41r128.htm> (englisch) Diese Resolution ist die Grundlage warum jeder das Recht auf Bildung hat. Es ergänzt somit die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und ist im Kontext von Bildung sicherlich eine gute Hilfe.



Lexikon

Ziele für nachhaltige Entwicklung:

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wurde im September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet. Die Ziele wurden entwickelt unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt. Die Global Goals gelten für alle Staaten dieser Welt. Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten: Alle müssen ihren Beitrag leisten. Die 17 SDGs berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen. Alle Ziele sind unteilbar miteinander verbunden und bedingen einander. Die internationale Gemeinschaft gibt sich 5 Leitprinzipien: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man von den "5 Ps": People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership.

http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/17_ziele/index.html

Politische Kampagne:

Allgemein ist eine *Kampagne* eine zeitlich befristete Aktion mit einem definierten Ziel. Dieses Ziel soll durch geplantes und koordiniertes Zusammenwirken mehrerer Akteure erreicht werden. Weiterhin kann man unterscheiden zwischen

- *Aktionskampagnen*, die zu einem Thema politischen Druck aufbaut, um eine konkrete Entscheidung durchzusetzen bzw. zu verhindern;
- *Informationskampagnen*, die eine bestimmte Information oder Sachlage vermitteln soll;
- *Imagekampagnen*, die das Bild einer Organisation oder einer Sache positiv beeinflussen, Bekanntheit, Verständnis und Akzeptanz verbessern soll.



Kurzeinführung Völkerrecht für den Menschenrechtsrat

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen der Staaten untereinander und zu internationalen Organisationen. Es setzt sich vor allem aus zwischenstaatlichen Verträgen und der allgemein als rechtsverbindlich anerkannten Praxis der Staaten (Völkergewohnheitsrecht) zusammen. Dabei handelt es sich um ungeschriebene Gesetze, die alle Akteure anerkennen und achten. Auf nationaler Ebene sorgen Polizei und Gerichte für die Einhaltung der Gesetze. Auf internationaler Ebene fehlt ein Akteur, der völkerrechtliche Regelungen durchsetzt, sodass sie häufig missachtet werden. Die einzige Möglichkeit, solche Völkerrechtsverletzungen zu ahnden, besteht meistens in öffentlichem, diplomatischem, wirtschaftlichem oder militärischem Druck.

Souveränität

Souveränität bedeutet, dass ein Staat innerhalb der eigenen Grenzen und gegenüber anderen Staaten unabhängig agieren kann und in der Ausübung seiner Staatsgewalt frei ist. Zwischen den souveränen Staaten besteht ein Gleichheitsgrundsatz. Nur völkerrechtliche Verpflichtungen können Staaten in ihrem Handeln einschränken. Hierzu zählt bspw. der Grundsatz des Gewaltverzichts in der Charta der Vereinten Nationen: Einem Mitgliedsstaat ist es außer in Fällen der Selbstverteidigung verboten, mit Gewalt gegen andere Staaten vorzugehen. Die Souveränität eines Staates wird verletzt, wenn gegen seinen Willen auf seinem Staatsgebiet interveniert wird. Außerdem kann der UN-Sicherheitsrat zur Wahrung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens mit verbindlichen Resolutionen die Souveränität der UN-Mitgliedsstaaten einschränken. Kein Eingriff in die Souveränität liegt vor, wenn Staaten freiwillig neue Verpflichtungen eingehen, z. B. durch den Beitritt zu einem völkerrechtlichen Vertrag. Auch Empfehlungen der Vereinten Nationen stellen keinen Souveränitätseingriff dar, da sie unverbindlich sind. Staaten können dagegen verstoßen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen haben die Aufgabe, für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, friedliche Streitbeilegung, Zusammenhalt bei wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Problemen sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sorgen. Die Kompetenzen der Vereinten Nationen sind hierbei sehr beschränkt. Alleine der Sicherheitsrat kann gemäß Kapitel VII der Charta für einzelne Staaten völkerrechtlich verbindliche Regelungen treffen und auch das nur, wenn eine Bedrohung des Weltfriedens oder der internationalen Sicherheit vorliegt. Die anderen Gremien können Staaten nur Vorschläge machen und ihnen ein bestimmtes Handeln empfehlen.

Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat ist für die Förderung der Achtung und Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verantwortlich. Er befasst sich mit allen Situationen, in denen Menschenrechte verletzt werden, und gibt den beteiligten Akteuren Empfehlungen. Der Menschenrechtsrat kann zudem der Generalversammlung Vorschläge machen. Er arbeitet mit Menschenrechtsorganisationen zusammen und überprüft in regelmäßigen Abständen, ob die Staaten der Vereinten Nationen ihren Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte nachkommen. Selbst wenn die Resolutionen des Menschenrechtsrates völkerrechtlich unverbindlich sind, wird ihnen von der interessierten Öffentlichkeit, der Presse sowie Organisation, die sich für Menschenrechte einsetzen, große Beachtung geschenkt. Ein wichtiger Faktor ist dabei die bei den Vereinten Nationen vorherrschende Konsensorientierung: Die Mitgliedsstaaten sind immer darum bemüht, Resolutionen mit breiter Mehrheit oder sogar einstimmig zu verabschieden. Dieses Prinzip sorgt für einen großen Rückhalt der verabschiedeten Inhalte und begünstigt auch vor dem Hintergrund der Unverbindlichkeit deren Einhaltung.



Hinweis für das Verfassen von Arbeitspapieren und Resolutionsentwürfen

Grundsätzlich haben Ihre Resolutionen im Menschenrechtsrat nur empfehlenden Charakter. Keinesfalls können Sie gegenüber Staaten verbindliche Regelungen treffen.